

**Rede
der Sprecherin für Spätaussiedler und Vertriebene**

Doris Schröder-Köpf, MdL

zu TOP Nr. 23

**Haushaltsberatungen 2022/2023 - Schwerpunkt
Inneres und Sport**

während der Plenarsitzung vom 14.12.2021
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen!

Es gibt Männer, die die Macht teilen. Das ist sehr nett. Vielen Dank! - Heute Morgen haben wir unsere niedersächsischen Delegierten für die Wahl des Bundespräsidenten bestimmt. Der bislang einzige Kandidat ist Frank-Walter Steinmeier, der sich kürzlich anlässlich des 60. Jahrestages des Anwerbeabkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Türkei mit einem geradezu ikonischen Satz in die Geschichtsbücher eingeschrieben hat. Ich zitiere: Zugewanderte „sind eben nicht ‚Menschen mit Migrations-hintergrund‘. Sondern Deutschland ist ein Land mit Migrationshintergrund geworden. Und es ist höchste Zeit, dass wir uns dazu bekennen.“

Genau dies tun wir mit diesem Haushalt 2022/2023. In einem Kraftakt - ich bekenne es - ist es gelungen, über die politische Liste mit 7,3 Millionen Euro für Maßnahmen des Sozialministeriums im Bereich Migration und Teilhabe die Löcher zu stopfen, die der Bund im Herbst 2019 gerissen hat. Die Kollegin Frau Tiemann, Vorsitzende der Landtagskommission für Migration und Teilhabe, hat dazu bereits ausgeführt. Auch ich möchte mich bedanken, nämlich bei ihr und auch bei unserer Fraktionsvorsitzenden, für das Engagement diesem Bereich.

Die Kolleginnen und Kollegen auf Bundesebene haben inzwischen verstanden. Der Koalitionsvertrag sieht viele Verbesserungen vor, von denen wir in Niedersachsen sehr stark profitieren werden. So soll die Integrationsberatung auf eine solide finanzielle Basis gestellt werden. Das gibt uns die Sicherheit, dass die Beratungsstrukturen der kooperativen Migrationsarbeit in Niedersachsen durch eine Bundesfinanzierung abgesichert werden. Und auch eine flächendeckende unabhängige Asylverfahrensberatung soll durch den Bund angeboten werden. Das würde Niedersachsen entlasten, da wir das bisher aus eigener Kraft geleistet haben. Integrationskurse sollen weiter geöffnet werden. Niedersachsen hat bisher das Angebot des Bundes mit landeseigenen Sprachkursen ergänzt. Laut Koalitionsvertrag wird die Ausbildungsduldung zu einem Aufenthaltsrecht werden. Damit bekommen Auszubildende und Betriebe Planungssicherheit. Außerdem soll die Beschäftigungsduldung entfristet werden. Damit entsteht die Möglichkeit der dauerhaften Aufenthaltssicherung. Beides verbessert die Arbeitsmarktintegration und Fachkräftesicherung in Niedersachsen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Sie sehen, der Koalitionsvertrag ist ein wirkliches Hoffnungspapier. Das möchte ich von dieser Stelle aus würdigen. Er führt Deutschland im Bereich Migration und Teilhabe ins 21. Jahrhundert. Warum ist das so wichtig? Weil diese Verbesserungen auf Bundesebene dazu führen, dass wir hier im Land auch mehr Mittel haben und einsetzen können. Das ist besonders wichtig in diesen Corona-Zeiten, die die Integration um einen wirklich langen Zeitraum zurückgeworfen

haben. Bund und Land endlich Hand in Hand - so soll es sein, besonders in Corona-Zeiten. Ich bedanke mich bei allen, die in Hannover und in Berlin gekämpft haben.

Und Ihnen danke ich jetzt für die Aufmerksamkeit.